

<b>NIEDERSCHRIFT</b>  Stadt Karlsruhe	Gremium:	28. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b>
	Termin:	20. September 2016, 15:30 Uhr
		Öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Erster Bürgermeister Wolfram Jäger

30.

**Punkt 31 der Tagesordnung: Ferienbetreuung in Karlsruhe**  
**Antrag des Stadtrats Parsa Marvi und der Stadträtinnen Yvette Melchien, Irene Moser und Sibel Uysal (SPD) sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 19. August 2016**  
**Vorlage: 2016/0513**

**Beschluss:**

Verweisung in den Jugendhilfeausschuss

**Abstimmungsergebnis:**

keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 31 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

**Stadträtin Moser (SPD):** Leider ist der Sommer vorüber. Allerdings sind meiner Fraktion und mir die Eindrücke beim mehrfachen Besuch der wunderbaren Ferienaktion Karlopolis noch in greifbarer Erinnerung. Durch die attraktiven Angebote der Ferienbetreuung der Stadt durch den Stadtjugendausschuss entsteht jedes Jahr vor Beginn der Sommerferien ein Run auf die angebotenen Plätze. Das wissen wir alle. Das ist sehr unbefriedigend. Die Eltern müssen sehr früh und stundenlang anstehen, wollen sie nicht bei der Vergabe der Plätze ins Hintertreffen geraten.

Diese Vergabepaxis sehen wir als ungerecht und unerfreulich an und haben daher die Verwaltung aufgefordert, Alternativen darzustellen, aber auch aufzuzeigen, ob eine Ausweitung des Angebots der Ferienbetreuung möglich ist und welche Ferienangebote inklusiv sind.

Wie aus der Antwort zu unserem Antrag zu entnehmen ist, ist diese unbefriedigende Vergabesituation auch Thema beim Stadtjugendausschuss. Die dargestellten Alternativen zur bisherigen Vergabe, nämlich die Online-Nummernvergabe oder ausschließlicher Verkauf über das Internet, sind auch nicht das Gelbe vom Ei. Das haben Sie selbst in der Vorlage so geschrieben. Das sehen wir auch so. Natürlich ist der persönliche Kontakt mit den anmeldenden Eltern sehr wichtig. Vielleicht gibt es die Möglichkeit, die bisheri-

ge Praxis und eine der Alternativen miteinander zu verknüpfen. Natürlich bedeutet die Ausweitung des Angebots an Ferienbetreuungsplätzen zusätzliche Anforderungen an den Anbieter, sprich an den Stadtjugendausschuss, und vor allem auch an die beteiligten Betreuerinnen und Betreuer. Insbesondere, wenn die Angebote auch Kindern mit Behinderungen offen stehen. Hier sehen wir durchaus die Herausforderungen, die die inklusiven Angebote mit sich bringen und meinen, dass überall dort, wo es möglich ist, Kinder mit Behinderungen zu integrieren, dies ermöglicht werden soll.

An dieser Stelle möchte ich mich für das überragende Engagement aller bedanken, die mit viel Energie, Einsatz und Herzblut den Mädchen und Jungen in den Ferien eine sinnvolle, schöne und vergnügliche Ferienzeit ermöglichen. Wir freuen uns sehr, wenn es möglich sein wird, dass noch mehr Kinder und Jugendliche in den Genuss der Angebote kommen. Durch den 2/3-Zuschuss durch den Karlsruher Kinderpass, der jetzt eingeführt wurde, werden die Betreuungsangebote sicherlich noch stärker als bisher nachgefragt.

Die SPD-Fraktion sieht, dass an der Ausweitung gearbeitet wird. Das erkennen wir auch an und sind sehr gespannt, was am Ende des Jahres 2016 für Möglichkeiten aufgezeigt werden. Wir würden uns aber auch über den Ausbau der Angebote und vor allem auch der inklusiven Angebote freuen. Gerade bei der überaus attraktiven und sehr gut nachgefragten Kinderspielstadt Karlopolis wünschen wir uns einen deutlichen Ausbau.

**Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Der Zustand zum Start der Platzvergabe für die Ferienangebote ist bekannt. Er ist natürlich nicht befriedigend, auch aus unserer Sicht nicht. Aber die Begründung der Verwaltung, dass nicht einfach das System geändert werden kann, ist aus unserer Sicht auch nachvollziehbar. Denn es ist schon unser Anliegen, dass ein gerechtes System gefunden wird, dass nicht Familien benachteiligt werden, die vielleicht sprachlich nicht so gut sind. Es muss leichte Sprache, es muss leichte Zugangsmöglichkeiten geben, so dass wir im Moment auch noch nicht die Lösung sehen. Aber wir möchten auch bitten, dass weiterhin überlegt wird seitens der Verantwortlichen, auch des Stadtjugendausschusses, wie das in Zukunft vielleicht anders oder entzerrter geregelt werden kann.

Die Ferienbetreuung in Karlsruhe ist ein sehr wichtiger Aspekt für die Familien, für viele Alleinerziehende, für viele Berufstätige, denn wir haben in allen Bereichen immer mehr Ganztagsbetreuung, ob im Kindergarten oder auch in den Schulen, Schülerhorten und auch die Ganztagschulen. Entsprechend ist auch der Bedarf in den letzten Jahren gestiegen. Aber es hat sich auch die Nachfrage verändert. Das muss man auch ganz klar feststellen. Ferienangebote, die vielleicht vor 10 Jahren noch sehr gefragt waren, sind im Moment nicht mehr gefragt, weil vielleicht neue, im Moment tolle Angebote, wie Karlopolis kommen. Aber in ein paar Jahren, wenn das ein paar Jahre erlebt wurde, ist es vielleicht auch nicht mehr so interessant wie heute. Deswegen ist eine stetige Aufgabe, auch von unserem Stadtjugendausschuss, hier immer eine entsprechende Abwechslung zu finden.

Wir begrüßen das Engagement der Verantwortlichen und danken auch sehr herzlich. Wir meinen aber schon, dass das Gesamtangebot auch im Auge behalten werden muss. Ich erinnere mich an eine Vollversammlung des Stadtjugendausschusses vor einigen Jahren, wo gerade auch die Mitgliedsverbände beklagt haben, dass ihre Ferienbetreuungs-

angebote nicht mehr so nachgefragt werden, dass viele Plätze frei sind. Ich habe es gerade bei uns, bei der KJD erlebt. Die mussten viel Werbung machen, um dann einen Bus für eine tolle Freizeit voll zu bekommen. Früher, als ich da mitgefahren bin, sind drei Busse sofort ausgebucht gewesen. Da hat es sich einfach auch verändert. Unser Anliegen wäre, dass wir jetzt nicht sagen, der Stadtjugendausschuss muss weiter ausweiten, um jeden Preis, und alle anderen sind dann benachteiligt, sondern es muss schon im Einklang passieren. Ich habe aber auch das Gefühl, dass es passiert, weil es diesen runden Tisch gab, die Gespräche stattfinden und auch im Oktober wieder weitergeführt werden sollen.

Die integrativen Angebote sind uns auch wichtig, dass wir hier zusätzliche Plätze schaffen, auch wenn das natürlich ein Aufwand ist, auch gerade von den Betreuungspersonen. Aber ich habe es selber bei meiner Tochter erlebt, das möchte ich einfach sagen, weil das einfach herrlich war. Sie war in den Sommerferien auf einer Freizeit vom Stadtjugendausschuss, und es war ein gehörloses Mädchen dabei. Sie kam nach Hause und hat erzählt, wie die anderen Kinder einzelne Wörter in der Gebärdensprache gelernt haben und wie es super zusammen funktioniert hat. Ich glaube, das ist für alle Kinder und Jugendliche eine Bereicherung, die an so einer Freizeit teilnehmen, wenn wir auch Plätze in diesem Bereich schaffen.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** In der Tat, die Nachfrage nach Ferienangeboten ist dramatisch angestiegen in den letzten Jahren, und sie wird noch weiter steigen. Deshalb muss man hier doch dem Stadtjugendausschuss, aber auch den anderen Trägern sehr dankbar sein, dass sie wirklich attraktive Ferienangebote entwickelt haben, denn es kann nicht sein, dass es nur, wenn der Bedarf da ist, um Betreuung geht. Sondern es sollen auch interessante, schöne, bereichernde Angebote sein für die Kinder, dass sie auch in schöner Erinnerung behalten, wie sie ihre Ferien gemeinsam mit anderen Kindern, in der ganzen Vielfalt der Kinder, einschließlich Kindern mit Behinderungen, gestalten können.

Worum es aber jetzt in dem Antrag im Wesentlichen geht, ist die Frage der Vergabe. Da hatten wir das Thema schon einmal kurz im Jugendhilfeausschuss. Es geht im Prinzip um die Frage, wie kann die Vergabe erfolgen, dass alle Kinder einen gerechten Zugang zu diesen Angeboten bekommen und dass z. B. auch Kinder aus Familien, die nicht so schnell oder organisatorisch nicht so fit sind, um durch möglicherweise stundenlanges Anstehen die interessanten Angebote zu ergattern, auch die Chance haben. Dieses Windhundprinzip war in dem Antrag die wesentliche Fragestellung. Nun sind in der Beantwortung zwei Alternativen genannt worden. Die Onlinebuchung, die aber auch als kritisch bewertet wird und sicher auch nicht zufriedenstellend verläuft. Dann die Online-Nummernvergabe mit der Möglichkeit, erst dann vor Ort zu kommen, wenn man aufgerufen wird. Aber das ist auch in der Form so nicht als zufriedenstellend oder als wirklich tragfähig erörtert worden.

Wir sehen durchaus Möglichkeiten, auch einmal Vorschläge einzubringen, die bisher noch nicht in den Blick genommen wurden, die aber sicher erst im Jugendhilfeausschuss diskutiert werden müssen. Als erstes ist die Frage, warum man nicht schon eine Woche vorher einfach einmal eine Losvergabe durchführt bei den sehr attraktiven Angeboten, damit der Zugang zu so einem Angebot über ein Los einfach gerechter erfol-

gen kann. Diejenige, die dann den Zuschlag bekommen, müssen dann natürlich sofort bezahlen, so dass auch feststeht, wer diesen Platz hat. Dann können in einem zweiten Schritt noch bestimmte Plätze über eine Anmeldung vor Ort oder über Online vergeben werden. Das sehen wir als eine Möglichkeit, die einmal ernsthaft geprüft werden sollte. Das Argument des Stadtjugendausschusses ist an der Stelle, dass man keine Beratungsfunktion hätte bei so einem Verfahren. Aber ich finde auch, dass man vielleicht schon, wenn die Angebote ausgeschrieben sind, eine Möglichkeit eröffnen könnte, wie die Eltern, die das brauchen, sich Beratung holen könnten. Es gibt auch viele Eltern, die diese Beratung nicht mehr brauchen. Von daher ist es beim Verfahren nicht immer notwendig.

Eine zweite Möglichkeit, die man auch diskutieren sollte, wäre, inwieweit man für Kinder mit Sozialpass eine Anzahl von Plätzen zunächst einmal zurückhalten sollte, um dann zu schauen, dass bei der Zusammensetzung der Feriengruppen Kinder unterschiedlichster Herkunft, unterschiedlichster Familien, unterschiedlicher Möglichkeiten den Zuschlag bekommen können. Dies würde ich noch einmal vorschlagen, dass wir das auch im Jugendhilfeausschuss noch ausführlicher diskutieren. Die Qualität ist da. Die freien Träger sollen selbstverständlich auch weiterhin miteingebunden werden. Hier könnte ich mir auch vorstellen, dass die Kooperationen noch intensiviert werden.

Ich möchte darauf hinweisen, dass der Stadtjugendausschuss durch die Veränderung der Struktur in den Stadtteilen schon sehr gute Angebote wohnortnah anbietet. Aber bei der Frage des Windhundprinzips müssen wir wirklich noch einmal prüfen, wie wir da eine bessere Lösung hinbekommen. Ich freue mich auf die Diskussion im Jugendhilfeausschuss.

**Stadtrat Braun (KULT):** Die SPD hat völlig Recht damit, dass es ein Unding ist, dass Eltern stundenlang frühmorgens für einen Ferienbetreuungsplatz für ihr Kind anstehen müssen. Genauso kann es nicht sein, dass Kinder, deren Eltern voll berufstätig sind, eventuell leer ausgehen. Auch wenn das aktuelle System, wie in der Verwaltungsantwort dargelegt, einige Vorteile bietet, sollte es so nicht weitergehen. Dieses System muss grundlegend überarbeitet werden. Eine nicht ausschließlich im Internet stattfindende Lösung wäre, genauso wie eine Ausweitung des Angebots seitens des Stadtjugendausschusses aus Sicht meiner Fraktion wünschenswert. Aber mehr dazu dann bitte im Jugendhilfeausschuss.

**Stadtrat Jooß (FDP):** Die liebe Renate Rastätter hat es mir vorweg genommen. Es wäre sinnvoll, vielleicht ein Losverfahren einzuführen, zumindest als Teil, dass man das splittet. Wir hatten das in Kirchfeld mit der Volkswohnung. Da wurden die Bauplätze verlost, dass nicht die Reichsten oder die Meistbietenden zu einem Bauplatz kommen. Dann war es relativ gerecht, dass alle zum Zuge kamen, die Interesse hatten. Natürlich gibt es auch da Verlierer. Es gibt vor allem Verlierer beim Windhundprinzip, ob elektronisch oder Direktanmeldung. Das ist im Grunde dasselbe. Es gibt immer wieder Benachteiligte. Deshalb sollte man das splitten beim Stadtjugendausschuss. Außerdem gibt es noch kirchliche Anbieter. Das Angebot muss hoch gehalten werden. Es muss erweitert werden, das ist für mich auch ganz wichtig. Daher bin ich guter Hoffnung, dass der Stadtjugendausschuss das auf die Reihe bekommt.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Der Antrag war zunächst auf Auskunftsverteilung, welche Möglichkeiten es gibt. Jetzt ist die Frage, ob Sie sich die Möglichkeiten, die aufgezeigt wurden, überlegen und sich dann in der Diskussion für einen bestimmten Weg entscheiden wollen, der natürlich dann auch im Jugendhilfeausschuss diskutiert werden kann. Wenn das Ihr Petitum ist, dann machen wir das so und geben es in den Jugendhilfeausschuss zur Vertiefung der Antworten, die hier gegeben wurde. Ist es so von Ihnen gewünscht? Dann verweisen wir hiermit in den Jugendhilfeausschuss.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –  
7. Oktober 2016